



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 48 vom 06.06.2018

Umgang mit dem Wolf soll Thema auf der Umweltministertagung werden

Dieter Dombrowski: Minister Vogelsänger muss seinen Worten endlich Taten folgen lassen

Zum heutigen Beginn der Umweltministerkonferenz sagt Dieter Dombrowski, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, dass Bund und Länder beim Wolf endlich an einem Strang ziehen müssen. „Wenn Umweltminister Vogelsänger zu der Erkenntnis gekommen ist, dass der günstige Erhaltungszustand beim Wolf erreicht ist, muss er seinen Worten auch Taten folgen lassen. Ich fordere Vogelsänger auf, sich auf der Umweltministerkonferenz endlich aktiv für Veränderungen und ein nachhaltiges Bestandsmanagement beim Wolf einzusetzen.“ Das sei seine Pflicht gegenüber den Landwirten, wenn die Weidetierhaltung und Kulturlandschaftspflege in Brandenburg weiterhin eine Zukunft haben solle. Ausschließlich auf Zaunbau zu setzen, würde auf Dauer in der Fläche des Landes nicht zu finanzieren sein, so Dombrowski. „Wir brauchen auch die Schutzjagden, um an Nutztiere gewöhnte Wölfe schnell zu entnehmen. Auch das ist Herdenschutz, denn die Landwirte züchten ihre Tiere nicht, um die Wölfe satt zu machen. Mit dieser Mentalität in der Politik, nur auf Schadensausgleich zu setzen und sonst nichts zu tun, muss endlich Schluss sein.“

Dombrowski verwies auf getroffene Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Wenn man zu notwendigen Bestandsreduzierungen kommen wolle, müsse auch Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) den Ernst der Lage der Tierhalter und der Menschen im ländlichen Raum erkennen. „Ein erster Schritt zum Schutz vor problematischen Wölfen können die Schutzjagden nach schwedischem Vorbild sein. Neben der Förderung von Präventionsmaßnahmen sind die Schutzjagden ein Teil des Herdenschutzes. Was in Schweden möglich und EU-rechtskonform ist, muss auch in Deutschland und unserer dichtbesiedelten Kulturlandschaft möglich sein. Bundesumweltministerin Schulze sollte hier endlich eine Führungsrolle übernehmen und gemeinsam mit den Ländern Schutzjagden auf Problemwölfe ermöglichen“, so der Umweltexperte.